

Antrag

der Abgeordneten Nicole Höchst, Alexander Arpaschi, Carsten Becker, Dr. Christoph Birghan, Joachim Bloch, René Bochmann, Erhard Brucker, Tobias Ebenberger, Hauke Finger, Alexis L. Giersch, Stefan Henze, Karsten Hilse, Rocco Kever, Kurt Kleinschmidt, Heinrich Koch, Reinhard Mixl, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Bernd Schattner, Lars Schieske, Carina Schießl, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Paul Schmidt, Martina Uhr, Jörg Zirwes, Ulrich von Zons und der Fraktion der AfD

Organisierten Wissenschaftsbetrug unterbinden – Qualität und Transparenz in der Forschung sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wissenschaftliche Integrität ist einer der Ausgangspunkte für faktenbasierte politische Entscheidungen, gesellschaftlichen Fortschritt und technologische Innovation. Ohne nachvollziehbare und verifizierbare Forschungsergebnisse gehen politische Entscheidungen von falschen Voraussetzungen aus. Fehlentscheidungen mit potenziell erheblicher Tragweite sind zwangsläufig die Folge. Doch nicht nur der politische Bereich ist von verfälschten Forschungsergebnissen betroffen, sondern auch die Orientierung und Weltsicht der Bürger werden durch solche Praktiken gefährdet.

In jüngster Zeit häufen sich Meldungen, dass sogenannte „Paper Mills“ gegen Bezahlung falsche Forschungsergebnisse in nicht den qualitativen Standards des Peer-Review-Prozesses entsprechenden Magazinen veröffentlichen. Berichte, unter anderem der New York Times¹, der Zeitschrift Forschung und Lehre² und von Deutschlandfunk Nova³, belegen, dass sogenannte „Pseudo-Journale“ und „Paper Mills“ gegen Bezahlung wissenschaftliche Arbeiten veröffentlichen, ohne ausreichende Qualitätsprüfung oder Peer Review. Das Magazin Forschung und Lehre geht von bis zu 70.000 gefälschten oder nicht wissenschaftlichen Standards entsprechenden Paper pro Jahr aus.⁴

¹ Vgl., www.nytimes.com/2025/08/04/science/04hs-science-papers-fraud-research-paper-mills.html, (Stand: 11.08.2025)

² Vgl., www.forschung-und-lehre.de/management/ein-bis-drei-prozent-der-paper-sind-gefaelscht-6025, (Stand: 11.08.2025)

³ Vgl., www.deutschlandfunknova.de/nachrichten/betruagemetzwerke-das-geschaefit-mit-fake-studien, (Stand: 11.08.2025)

⁴ Vgl., www.forschung-und-lehre.de/management/ein-bis-drei-prozent-der-paper-sind-gefaelscht-6025, (Stand: 11.08.2025)

Es besteht die Gefahr, dass Veröffentlichungen aus solchen Publikationen teilweise in politischen Entscheidungsprozessen und in der Gesetzgebung herangezogen werden, mit möglicherweise fatalen Folgen. Darüber hinaus schadet solch organisierter Wissenschaftsbetrug dem Vertrauen der Bürger in Forschung, Politik und Institutionen nachhaltig.

Diesem Missstand muss im Interesse der Wissenschaft und zur Qualitätssicherung von politischen Entscheidungsprozessen dringend entgegengewirkt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

eine unabhängige Prüfstelle (am besten im Rahmen einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)) einzurichten, welche

- a) Kriterien für qualitätsgesicherte Publikationen festlegt, um daraufhin die Werke aus allen relevanten Fachbereichen (stichprobenartig oder auf Antrag) auf methodische Qualität und Replizierbarkeit, ggfs. auch auf eine Unabhängigkeit von politischem oder kommerziellem Einfluss zu überprüfen und eine diesbezügliche Empfehlung abzugeben oder zu verneinen;
- b) bei staatlichen Förderentscheidungen in den Entscheidungsprozess eingebunden wird.

Berlin, den 14. Oktober 2025

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Qualität und Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Arbeit sind essenziell für die Funktionsfähigkeit einer modernen Gesellschaft. In den vergangenen Jahren ist jedoch ein besorgniserregender Trend zu beobachten: Sogenannte „predatory Journals“ und „Paper Mills“ bieten gegen Bezahlung Veröffentlichungen an, bei denen Peer Review und wissenschaftliche Qualitätsstandards nicht eingehalten werden. Diese Praxis führt dazu, dass wertlose oder sogar gefälschte Studien in den wissenschaftlichen Diskurs gelangen. Solche Veröffentlichungen werden nicht selten von Politik und Verwaltung als Grundlage für Entscheidungen herangezogen, was zu fehlerhaften Gesetzgebungsverfahren und politischen Fehlentscheidungen führen kann. Die Bundesregierung ist daher gefordert, durch verbindliche Transparenzregeln, wirksame Sanktionsmechanismen und unabhängige Qualitätsprüfungen sicherzustellen, dass politische Entscheidungen auf belastbaren und überprüfbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Nur so kann das Fundament der Wissensgesellschaft gestärkt und die Integrität wissenschaftlicher Arbeit dauerhaft gewährleistet werden. Dabei sind uns Vorfälle, wie 2019 an der Heidelberger Universitätsklinik, wo eine nicht erforschte Erfindung als fertig „wissenschaftlich erforscht“ bezüglich einer Bluttestdiagnose klassifiziert wurde⁵, in diesem Fall ermittelte auch die Staatsanwaltschaft⁶, ein mahndendes Beispiel wissenschaftliche Kriterien einzuhalten.

⁵ Vgl., www.deutschlandfunk.de/brustkebs-bluttest-von-der-weltsensation-zum-medizinskandal-100.html, Stand: (24.09.2025).

⁶ Vgl., www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/heidelberg-ermittlungen-wegen-brustkrebs-bluttest-eingestellt-a-d6f8ea5e-7d77-4e21-8cc2-0c81b6364c40, (Stand: 24.09.2025).

